

Komet 26

Fallschirmjäger üben Verteidigung
kritischer Infrastruktur

2

Das Spiel der
Spione (Teil 1)

9

Infrastruktur-
bericht 2025
vorgestellt

11

Schutz kritischer
Infrastruktur der
Bundeswehr

14

Die Übung
Komet 26

17

Unbemanntes
Kampfflugzeug
startet zum Erst-
flug in Europa

19

Hochsicherheits-
Firewall erhält
BSI-Zulassung



Das Spiel der Spione (Teil 1)

Eine Einordnung der wichtigsten Geheimdienste der Welt von Manfred Opel

Die alltägliche politische Psyche

Zwischen unserer eigenen kollektiven politischen Psyche auf der einen Seite und unserer offiziellen Auffassung von den Möglichkeiten, der Arbeitsweise und vom Einfluss fremder Geheimdienste, insbesondere bezüglich unserer eigenen Sicherheitsbedürfnisse auf der anderen Seite, entstehen permanent hochkomplexe Wechselwirkungen und Konflikte. Dabei kann es durchaus sein, dass die Ziele gegnerischer Geheimdienste nicht mit den tatsächlichen Folgen ihrer allgemeinen politischen und ihren sonstigen konkreten Aktionen in Einklang zu bringen sind. Das gilt natürlich grundsätzlich auch für die eigene Seite.



Daher sind Beeinflussung, Ablenkung, Fehlinformation und Schein-Aktionen die Instrumente aller Geheimdienste. Vor allem, wenn der Gegner glaubt, er sei „großartig“, kann es sein, dass er einem Trugbild erlegen ist.

*Die wichtigste Regel in der „Geheimen Welt“ lautet folglich:
„Wer glaubt, er oder sie habe gewonnen, kann bereits verloren haben.“*

Jeder Geheimdienst versucht nämlich, genau aus diesem Grund, seine Ziele nicht nur zu verschleiern, sondern zugleich bestimmte falsche Fährten zu legen.

Er versucht immer auch und möglichst zeitgleich, die jeweilige Gegenseite zu bestimmten Aktionen zu verführen, die einerseits in die Irre führen und die parallel dazu sowie andererseits der eigenen Seite zeitliche oder inhaltliche Vorteile verschaffen können.

Zugleich fördern unsere daraus entspringenden Einsichten und Folgerungen in diesem „Grau-Bereich“, vor allem mit Blick auf unsere jeweilige Gegenseite, Aktionen sowie staatliche Aufgaben, die man unter der Überschrift „Staatsschutz, Verteidigung und Sicherheitsvorsorge“ zusammenfassen kann.

Geheimdienstliche Tätigkeit ist daher immer auch die Suche nach den Fakten, die unser Schicksal bestimmen können und die zugleich von unseren politischen Gegnern gegen uns benutzt werden könnten.

Unsere eigene, persönlich orientierte politische Psyche berührt dabei auf der einen Seite die Analyse von Bedrohungen sowie zugleich auf der anderen Seite die innere Dynamik von Macht und Politik – auch unsere eigene.

Daher ist eine Entscheidung über geheimdienstliche Operationen immer zugleich eine Richtungs-Entscheidung über unsere eigene Politik; wie fern einem dieser Gedanke, insbesondere zu Beginn einer geheimdienstlichen Operation, auch liegen mag.

Die politische Psyche beschreibt dabei zudem, wie Emotionen, Denkmuster, kognitive Verzerrungen, persönliche Bestrebungen usw. unsere verschiedensten Wünsche, unsere persönlichen Einstellungen sowie sogar unsere politischen Verhaltensweisen bestimmen und prägen können.

Geheimdienste sollen objektive Daten liefern – doch ihre Analysten sind Menschen, die von ihrer eigenen politischen Psyche und ihren eigenen Denkmustern (bzw. Prädispositionen) geprägt werden. Zudem agieren aktive Geheimdienstler in aller Regel hoch emotional, auch, wenn man ihnen dies in aller Regel auf den ersten Blick nicht anzumerken vermag.

Dieses Faktum schmälert ihr objektives Analyse- und Beurteilungsvermögen im Kern. Zudem führt es dazu, dass sich, insbesondere im geheimdienstlichen Bereich, bestimmte Denkmuster herausbilden, die in der Folge die Kerndimensionen jeglicher faktischen oder politischen Analyse repräsentieren.

Im Kontext mit den Aktivitäten eigener und fremder Nachrichtendienste lässt sich dieser Einfluss in drei Kerndimensionen einteilen:

- **Kognitive Verzerrungen (engl. Biases):**
Analysten neigen in der Regel zu sog. Bestätigungsfehlern (engl. Confirmation Biases). Sie streben primär sowie unbewusst danach, Informationen zu suchen, die ihre sachlichen, fachlichen und politischen Annahmen und Hypothesen stützen. Daher neigen sie, zumeist unwillkürlich, dazu, widersprechende Signale zu ignorieren oder nicht ernst zu nehmen.
- **Spannung zwischen Politik und Analyse (Politisierung):**
Die politische Führung hat oft ihre eigene psychologische Erwartungshaltung (z. B. das Bedürfnis nach Rechtfertigung einer bestimmten politischen Entscheidung, Ansicht oder Absicht). Politische Entscheidungsträger wollen zudem häufig, dass Berichte, die ihren Grundannahmen widersprechen, als „ideologisch gefärbt“ eingestuft werden. Dies führt zu einer subtilen, aber auch fortwährenden Anpassung der Dienste an die „Psychologie der Macht“, wo immer diese auch angesiedelt sein mag. Fakten werden dabei sekundär.
- **Das „Spies Think“-Paradigma:**
Moderne Geheimdiensttheoretiker betonen, eine erfolgreiche Aufklärung der untersuchten Probleme setze voraus, dass die Analysten ihre eigenen mentalen Grenzen reflektieren, um nicht allzu leicht Opfer von Fehl-Annahmen oder Selbst-Täuschungen bzw. von Wunschdenken zu werden. Ob solches Vorgehen die Objektivität des Fakten-Sammelns, der Fakten-Analyse und des logischen Denkens tatsächlich fördern kann, ist zumindest offen.

Wie wir die Welt sehen

Die „Politische Psychologie“ untersucht, wie psychologische Prozesse, Emotionen und Bedürfnisse unser politisches Verhalten und unsere Meinungsbildung prägen.

Im Beurteilungsprozess selbst gilt es, möglichst alle Einflussfaktoren zu berücksichtigen. Als Herausforderungen gegenüber den Beurteilungsgrundlagen in der Politischen Psychologie gelten dabei insbesondere folgende grundlegende „Prüf- und Beurteilungsbestandteile“:

- **Emotionen statt klare Fakten:**
Nicht nur rationale Argumente steuern politische Entscheidungsprozesse, sondern oft auch tiefe Gefühle, Ängste und menschliche Grundbedürfnisse. Dieses muss man insbesondere bei politischen und militärischen Lagebeurteilungen klar und unmissverständlich herausarbeiten.
- **Persönlichkeit und Veranlagung:**
Persönlichkeitsmerkmale (wie bestimmte Veranlagungen oder ausgeprägte Erfahrungen, Wünsche und Ziele) bewirken in der Regel, ob jemand eher konservativ oder progressiv denkt und in der Folge entsprechend handelt.
- **Soziale Identität:**
Zumeist prägen Gruppenzugehörigkeiten unsere politischen Sichtweisen und führen oft zu einer Polarisierung zwischen „uns“ und „denen“.



Der ehemalige BND-Chef Dr. August Hanning steht im Verdacht, geheime Dokumente weitergegeben zu haben. Der Fall unterstreicht die Notwendigkeit einer wirksamen Spionageabwehr in Deutschland, die jedoch zurzeit noch in den Kinderschuhen steckt. ►

Als Folge daraus müssen wir durchgehend zu erkennen vermögen, warum wir unterschiedlich urteilen:

- **Umgang mit Unsicherheit:**
Konservative Einstellungen zeigen ein höheres Bedürfnis nach Ordnung und Beständigkeit bei Anpassungen und bei der Bewältigung von Veränderungen.
- **Offenheit für Neues:**
Progressive oder liberale Haltungen korrelieren stärker mit dem Persönlichkeitsmerkmal der Risikobereitschaft sowie mit der Offenheit gegenüber Veränderungen.
- **Konfliktbewältigung:**
Politische Psychologie hilft dabei, zu verstehen, wie Vorurteile abgebaut und gesellschaftliche Konflikte gelöst werden können.

Doch nicht nur Argumente beeinflussen unsere politische Meinungsbildung. Auch Emotionen und Bedürfnisse tun das – zuweilen sogar recht heftig. Dabei ist es keinesfalls klar, ob die jeweiligen Entscheider sich dessen bewusst sind und ob sie angemessene Überprüfungsmechanismen in ihren Entscheidungs-Prozess einbeziehen. Zugleich ist es von herausragender Bedeutung, dass sich die Entscheider darüber klar sind, welche Wirkungen ihre potenziellen Entscheidungen – vor allem zu verschiedenen Zeitpunkten – nach sich ziehen können.

Dabei ist es empfehlenswert, dass die zuständigen Entscheider zugleich versuchen, ihrer umfassenden Verantwortung dadurch nachzukommen, dass sie möglichst vorab und insbesondere bei Zeitnot auch danach streben, parallel sog. „Entscheidungen bei Modell-Lagen“ in ihre Aktivitäten mit einzubauen, um die Sicherheit des Ergebnisses ihrer Entscheidungen maximieren zu können.

Dabei gilt es, einen besonders wichtigen Aspekt zu beachten, der häufig vollkommen übersehen wird, nämlich, nicht nur eine einzige Modell-Lage vorab zu überprüfen, sondern eine Vielzahl möglicher Entscheidungs-Konstellationen. Das geht natürlich nur mit der Hilfe computergestützter Lösungs-Prozesse. Dabei gilt es, bestimmte Entscheidungskonstellationen herauszufinden, die entweder eine hohe Erfolgswahrscheinlichkeit garantieren oder die im Gegensatz dazu mit hoher Wahrscheinlichkeit zu Nachteilen und zu Irrtümern führen können.

Dieses Vorgehen hilft dabei, ein Gefühl für die reale Entscheidungslage zu entwickeln, sollte einmal die Zeit fehlen, alle erforderlichen Details für den Input in einer besonders kurzen „Entscheidungszeit“ bereitstellen zu können.

Mit anderen Worten: Die Ergebnisse von Modellrechnungen „trainieren“ die Entscheider zugleich darin, die erforderlichen Entscheidungen aus der eigenen Erfahrung heraus auch sachgerecht und spontan zugleich treffen zu können.



Modellrechnungen verfolgen also immer zwei Zwecke zugleich: Einerseits das Training von Spontan-Entscheidungen, wenn nicht genügend Zeit zur Verfügung steht; sowie andererseits die Verbesserung von Struktur und Sicherheit der Modell-Rechnungen selbst.

◀ Schöne Frauen, schnelle Autos?
Die Geheimdienstarbeit jenseits der Abenteuer des legendären James Bond ist weniger spektakulär, dafür aber viel komplexer.

Bei der operativen Beschaffung komplexer politischer Informationen (z.B. mittels menschlicher Quellen) erweist sich die politische Psychologie als das wichtigste Werkzeug. Doch die Geheimdienste drehen dieses Problem zumeist einfach um: Sie nutzen gezielt die psychologischen Schwachstellen und die vorgeprägten ideologischen Überzeugungen von Zielpersonen, wenn diese bestimmten „Vorstellungen“ entsprechen. Das jedoch führt häufig ins faktische Nirgendwo, in dem die Geheimdienste auf diesem „bequemen“ Weg lediglich das herausfinden, was sie herausfinden wollen.

Daher ist es, insbesondere bei Hochrisiko-Lagen, zwingend geboten, mindestens drei verschiedene und voneinander unabhängige Teams parallel auf die Lösung bestimmter und wichtiger Komplex-Probleme anzusetzen.

An dieser Stelle ist es angebracht, auf die Besonderheiten von herausragend erfolgreichen Geheimdiensten hinzuweisen. Diese benutzen nämlich stets eine Vielzahl von unabhängigen Einzel-Agenten, die eine hervorragende Tarnung besitzen und die im Bedarfsfall „zusammengeschaltet“ werden können.

In diesem Rahmen hat es sich besonders bewährt, unabhängige Hochschul-Professoren oder sog. Direktions-Assistenten von Großunternehmen einzusetzen, deren wissenschaftliche Kompetenz sowie finanzielle Ausstattung keinerlei Zweifel an ihren Intentionen auszulösen vermag.

Das aber bedeutet zugleich, dass ein erfolgreicher Geheimdienst über die Fähigkeit verfügen muss, immer mehrere Teams, die sich gegenseitig nicht kennen, zeitgleich auf das gleiche Problem anzusetzen. Da aber zumeist insbesondere das Führungspersonal von Geheimdiensten dazu neigt, sich selbst auch in dieser Hinsicht eine besonders hohe Entscheidungskompetenz zuzuschreiben, liegt es ihnen fern, sich auch selbst der neutralen Überprüfung ihrer speziellen fachlichen oder nachrichtendienstlichen Kompetenz zu unterziehen.

Erfreulich ist dabei wenigstens, dass auch heute noch die „alten Psycho-Tricks“ bei den aktiven Geheimdienstlern sehr gerne zur Anwendung kommen. Das hat für sie den massiven Vorteil, dass sie sich nur auf die bekannten vier „**MICE**-Überzeugungs-Faktoren“ konzentrieren müssen: **M**oney (Geld), **I**deology (politische Überzeugung), **C**oercion (Zwang) und **E**go (Geltungsbedürfnis).

Die beiden klassischen psychologischen Spionageabwehr- und Anwerbungs-Verfahren basieren noch heute überwiegend auf diesen vier MICE-Motiven.

Psychologische Kriegsführung und Beeinflussung (PSYOPs)

Zu den weltweit renommiertesten und leistungsstärksten Geheimdiensten zählen der israelische **Mossad** (kurz für „HaMossad leModi'in uleTafkidim Meyuhadim“, dt. „Institut für Nachrichtendienst und Spezialaufgaben“), der US-amerikanische Auslandsgeheimdienst **CIA** („Zentrale Nachrichtendienstagentur“), der britische **Mi6** (Militärischer Nachrichtendienst, Sektion 6 / Auslands-Geheimdienst) und heute auch wieder der russische **FSB** (Föderaler Sicherheitsdienst der Russischen Föderation). Letzterer ist der offizielle Nachfolger des sowjetischen Geheimdienstes KGB (Komitee für Staatssicherheit).



Im August 1991 versuchte KGB-Chef Wladimir Krjutschkow, durch einen Putsch gegen Michail Gorbatschow den Zerfall der UdSSR zu stoppen. Doch die Streitkräfte und das Volk stellten sich gegen die Putschisten.

Das Schicksal des „alten“ **KGB** zwischen 1980 und 2000 war geprägt von seinem ursprünglichen absoluten Machtübergewicht sowie vom späteren dramatischen Zusammenbruch der Sowjetunion und des Warschauer Pakts sowie einer anschließenden, nur von wenigen westlichen Politikern realisierten Metamorphose, die den ehemaligen sowjetischen Geheimdienstapparat unter neuem Namen zurück ins Zentrum der Macht in Russland führte. Verantwortlich dafür war allein Wladimir Putin. Und auch die russischen Geheimdienstler wissen heute sehr genau, wem sie ihre zahlreichen Privilegien zu verdanken haben.

Russland hat heute im Wesentlichen vier außenpolitische Kern-Instrumente:

1. Seine Geheimdienste
2. seine bewaffneten Kräfte, einschließlich seiner Nuklearwaffen,
3. seine Rohstoffe und
4. seine abhängigen Bündnis-Partner.

Der russische Inland-Geheimdienst heißt heute **FSB**, während der zivile Auslandsgeheimdienst das Kürzel **SWR** (Dienst der Außenaufklärung) trägt.

In der Sowjetunion waren diese beiden Funktionen vereint und unterstanden dem berüchtigten **KGB**.

Diese Entwicklung der Sicherheitsdienste Russlands bis heute – nach dem Sturz der Sowjetunion – lässt sich in drei entscheidende Phasen unterteilen:

1. Der Höhepunkt der Macht (1980–1985)

Zu Beginn der 1980er Jahre befand sich der KGB auf dem Scheitelpunkt seines Einflusses. Juri Andropow, der den Dienst von 1967 bis 1982 mit eiserner Hand führte, stieg 1982 sogar zum Generalsekretär der KPdSU auf und somit faktisch zum „Herrscher“ der Sowjetunion. In dieser Phase kontrollierte der KGB die sowjetische Gesellschaft, verfolgte Dissidenten konsequent und führte im Zuge des Kalten Krieges weltweite Spionageoperationen durch. Kein Wunder, dass Putin heute versucht, diese „Goldenen Zeiten“ in Russland neu zu beleben.

2. Die Perestroika und der August-Putsch (1985–1991)

Mit dem Amtsantritt von Michail Gorbatschow in 1985 und mit seinen Reformen (Glasnost und Perestroika) geriet der KGB zunehmend in die Defensive. Die neue Offenheit legte die Verbrechen der Geheimdienste offen und schwächte deren politische Deutungshoheit in dramatischer Weise. Um den drohenden Zerfall der Sowjetunion aufzuhalten, wagte der damalige KGB-Chef Wladimir Krjutschkow im August 1991 einen Staatsstreich gegen Gorbatschow. Der Putsch scheiterte am Widerstand der Bevölkerung und an Boris Jelzin, was damals das Ende des KGB besiegelte. Gorbatschow setzte Wadim Bakatin als letzten Chef des KGB ein, mit dem expliziten Auftrag, den KGB zu zerschlagen. Am 3. Dezember 1991 wurde dann der KGB offiziell aufgelöst – wenige Wochen vor dem Zusammenbruch der UdSSR. Solche „politischen Zufälle“ passieren nun einmal.



3. Die Aufspaltung in der Jelzin-Ära (1991–1999)

Unter dem neuen russischen Präsidenten Boris Jelzin in der neuen Russischen Föderation wurde der KGB nicht liquidiert, sondern in mehrere Einzelorganisationen aufgeteilt, um eine erneute Machtkonzentration zu vermeiden:

- **FSB (Inland):** Aus dem Kern des KGB-Inlandsdienstes entstand nach mehreren Umbenennungen 1995 der **Föderale Sicherheitsdienst**, der auch den Grenzschutz übernahm.
- **SWR (Ausland):** Die Erste Hauptdirektion (Auslandsspionage) des KGB wurde in den eigenständigen **Dienst der Außenaufklärung** überführt.
- **FSO & FAPSI:** Weitere Abteilungen wurden für den Personenschutz der Elite (FSO) und die staatliche Kryptografie/Kommunikation (FAPSI) ausgegliedert.

In den wirtschaftlich chaotischen 1990er-Jahren wanderten viele ehemalige KGB-Agenten (oft als „Tschekisten“ bezeichnet) in die Privatwirtschaft, in die Organisierte Kriminalität oder in die boomende Oligarchen-Wirtschaft ab.

Doch trotz der (lediglich formalen) institutionellen Aufspaltung blieben die alten Netzwerke der KGB-Kader, sogar in ihrem Kern, bis zum heutigen Tag erhalten. Sie wurden auch weiterhin vom russischen Staat bezahlt, um zu vermeiden, dass sich konkurrierende Organisationen bildeten. Doch zum Ende des 1990er-Jahrzehnts formierten sich diese Kräfte erstmals neu. 1998 wurde ein gewisser Wladimir Putin, ehemaliger KGB-Oberstleutnant aus der Dienststelle in Dresden (damals DDR), zum Chef des FSB ernannt. Damit begann, was damals niemand auch nur ahnen konnte: Ein neues Zeitalter einer scheindemokratischen und geheimdienst-gesteuerten großrussisch-imperialistischen Politik.

Putin verstand es einerseits meisterhaft, vor allem die superreichen russischen Oligarchen und seine „Freunde“ im Ausland in seinen eigenen Dienst, zugleich aber auch in den Dienst des russischen Staates zu stellen. Andererseits holte er sich zahlreiche hochqualifizierte Fachleute in seine engere Umgebung, mit denen er seine alltägliche Politik ideologisch und faktisch bis heute steuert.

Sein Führungs-Prinzip ist zwar einfach, jedoch äußerst wirksam:

1. Wer ihn umfassend unterstützt, steigt auf.
2. Wer gegen ihn ist oder nicht loyal genug, wird vernichtet.
3. Wer ihm persönlich hilft, erhält das höchste Gut, das er vergeben kann – umfassendes persönliches Vertrauen.

Putin kämpfte früher stets auf beiden Seiten der russischen Politik zugleich:

Einerseits unterstützte und förderte er die Oligarchen, wofür diese astronomische Summen an ihn und seine eigenen Organisationen zu entrichten hatten. Auf der anderen Seite vernichtete er einige dieser Oligarchen sowie auch politische Gegner, die sich öffentlich gegen ihn oder gegen den Staat gewandt hatten.



Ist das Einsetzen von Putin-Freund Gerhard Schröder für den Friedensprozess im Ukraine-Krieg zu naheliegend oder sprechen unbekannte Gründe dagegen?

© Kremlin.ru, CC BY 3.0, via Wikimedia Commons

Doch scheint sich nicht nur die „Abend-Dämmerung des Lebens“ über Putin abzusenken. Er ist weder gesund, noch kann er sich frei bewegen. So ist es heute eine abgrundtiefe Angst, die ihn permanent beherrscht. Er hat heute wohl nur noch wenige „echte Freunde“. Der frühere deutsche Bundeskanzler Gerhard Schröder ist wohl einer von ihnen. Und an der Loyalität von Gerd Schröder zu Deutschland und zur NATO sollte es keinerlei Zweifel geben; zumindest bezeugen das alle jene, die ihn hinreichend gut kennen. Daher wäre es für die Freie Welt naheliegend und mehr als gewinnbringend, Gerd Schröder als Friedensvermittler im Ukraine-Krieg zu gewinnen.

Es würde auch dem aktuellen Bundeskanzler Friedrich Merz mehr als gut tun, diese einmalige Chance, die sich Deutschland hiermit bietet, zu erkennen und damit die entscheidende Friedensinitiative zu ergreifen.

Nur: Die gesamte deutsche Politik war bisher hochgradig unfähig, diese einmalige Konstellation mit dem Ziel der Stärkung der Sicherheit Deutschlands und Europas sowie der Gewinnung eines fairen Friedens für die Ukraine zu nutzen.

Welche Tragik!

Über den Autor: Brigadegeneral a.D., Dipl.-Ing. Manfred Opel, M.A., ehemalig MdB, war u.a. Referatsleiter für Strategische Planung im Internationalen Militärstab des NATO-Hauptquartiers in Brüssel sowie General für Luftwaffenangelegenheiten der Rüstung. Der Beitrag gibt seine persönlichen Einschätzungen und Ansichten wieder.

Bildauswahl und -beschriftung: Daniel Kromberg

Anzeige



ENFORCETAC

CONNECTING MINDS. PROTECTING EUROPE.

NÜRNBERG, GERMANY
1. – 3.3.2027

INTERNATIONAL EXHIBITION
AND CONFERENCE FOR
LAW ENFORCEMENT AND DEFENCE

ENFORCETAC.COM

**MAKE
THE FUTURE
YOUR
MISSION!**

**NÜRNBERG
MESSE**

Nur für Angehörige der Streitkräfte sowie von Behörden und Organisationen mit polizeilichen oder militärischen Sicherheitsaufgaben.

Infrastrukturbericht 2025: Eine starke Truppe braucht die passende Infrastruktur

Vor dem Hintergrund der verschärften Sicherheitslage, dem Fokus der Truppe auf die Landes- und Bündnisverteidigung sowie dem personellen und materiellen Aufwuchs der Bundeswehr müssen auch die Liegenschaften der Bundeswehr ertüchtigt und erweitert werden. Denn eine einsatzbereite Truppe benötigt die passende Infrastruktur.

Die Bundeswehr muss einsatzbereit und durchhaltefähig sein, um potenzielle Feinde abzuschrecken und so Frieden, Freiheit und Wohlstand für Deutschland und seine Partner zu schützen. Abgeleitet aus der aktuellen Bedrohungslage, den NATO-Fähigkeitszielen sowie den nationalen Bedarfen (unter anderem dem Operationsplan Deutschland) wird die Bundeswehr erheblich aufwachsen. Dies ist auch mit umfassenden infrastrukturellen Maßnahmen verbunden.

In den kommenden Jahren muss die militärische Infrastruktur – dazu gehören insbesondere Liegenschaften, Depots, Übungsanlagen, Pipelines und Verkehrsanbindungen – neu-, ausgebaut und modernisiert werden. Dafür müssen die Planung und Durchführung von Bauvorhaben beschleunigt und die Betriebs- und Funktionssicherheit der militärischen Liegenschaften sichergestellt werden. Neben einem Rückblick in das vergangene Jahr thematisiert der Infrastrukturbericht der Bundeswehr 2025 auch diese Herausforderungen.

Investitions- und Bauvolumen erneut erhöht

Für das Haushaltsjahr 2025 setzt sich der Trend kontinuierlich steigender Ausgaben im Bereich der Bauinvestitionen fort. In 2025 wurden fast vier Milliarden Euro in den Erhalt und Ausbau der Infrastruktur investiert. Bei rund 2,35 Milliarden Euro davon handelte es sich um Bauinvestitionen, wobei 0,75 Milliarden Euro aus dem Sondervermögen Bundeswehr für das System F-35A stammen.

Projekt „Resilient durch Infrastruktur“ läuft

Um die Infrastrukturbedarfe der Truppe möglichst schnell und unkompliziert zu decken, setzt die Bundeswehr auf verschiedene Ansätze. Das Wichtigste im Überblick:

- Verbindliche Planungsvorgaben, einheitliche Anforderungen, innovative Lösungen: In einzelnen Liegenschaften spiegelt sich die Umsetzung der vereinfachten und beschleunigten Infrastrukturbereitstellung bereits wider. Fortschritte sind sowohl bei den bau- und vergaberechtlichen Rahmenbedingungen als auch bei der Optimierung und Entbürokratisierung des Infrastrukturverfahrens erzielt worden.

In der Nibelungen-Kaserne in Walldürn nimmt ein Unterkinftsgebäude mit insgesamt 300 Einzelunterkünften Gestalt an.



- Als Option für spätere Entscheidungen und Bedarfe im Zusammenhang mit dem Aufwuchs der Truppe wird eine strategische Liegenschaftsreserve gebildet. In diese werden im Bundes Eigentum befindliche Areale nach abschließender Prüfung der Eignung für eine künftige militärische Nutzung überführt.
- Um Eigenkompetenzen für Großprojekte aufzubauen und die Landesbauverwaltungen zu unterstützen, wurde eine neue Organisationsstruktur im Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr (BAIUDbw) für Sonderbauvorhaben geschaffen. Von diesen neuen Strukturen profitierten bereits Schnellläuferprojekte, wie die Infrastruktur für die Seefernaufklärer P-8A Poseidon, die schweren Transporthubschrauber CH-47F Chinook und das territoriale Flugkörperabwehrsystem Arrow.

Neuer Wehrdienst: Die Programme G-CAP und SIPGO

Eine zentrale Rolle beim personellen Aufwuchs der Bundeswehr spielt der Neue Wehrdienst. Bis 2031 rechnet das Verteidigungsministerium mit einem deutlichen Zuwachs an Rekrutinnen und Rekruten pro Jahr. Diese jungen Männer und Frauen brauchen Unterkünfte und müssen ausgebildet werden.

Zur kurzfristigen Bereitstellung von Unterkunfts- und Funktionsräumen in containerbasierten Gebäuden wurde für ad hoc-Bedarfe des Neuen Wehrdienstes deshalb das Sofortprogramm Infrastrukturbedarf Personalgewinnungsorganisation (SIPGO) gestartet. Rund 8.600 Betten in 32 Liegenschaften stehen seit September 2026 kurzfristig zur Verfügung. Mit dem Programm G-CAP Inland – Stufe 1 wird durch Rahmenverträge ab 2027 die rechtzeitige Bereitstellung der Infrastruktur für den Neuen Wehrdienst sichergestellt. Geplant sind circa 300 standardisierte Kompaniegebäude mit rund 54.000 Betten für Wehrdienstleistende sowie rund 9.000 Betten für deren Ausbilderinnen und Ausbilder. Beide Programme nutzen die wenigen verbliebenen Entwicklungsflächen innerhalb der bestehenden Bundeswehrliegenschaften.

Das weitergedachte Folgeprojekt G-CAP Inland - Stufe 2 sieht schließlich die Errichtung neuer Liegenschaften, die infrastrukturelle Ergänzung bestehender Liegenschaften sowie deren Betrieb vor. Ein Abschluss der Rahmenverträge ist für Ende 2028 geplant.

Schnell und unkompliziert: Anpassung rechtlicher Grundlagen

Der Bericht zeigt, dass Verteidigungsministerium und Bundeswehr auch in 2025 wichtige Schritte gegangen sind, um den infrastrukturellen Aufwuchs weiter zu stärken. Neben den aufgeführten unmittelbaren Maßnahmen müssen aber auch die rechtlichen Grundlagen für die Schaffung der Infrastruktur angepasst werden. Der im Koalitionsvertrag 2025 vereinbarte und in gemeinsamer Federführung zwischen dem BMVg und dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Klimaschutz und nukleare Sicherheit (BMUKN) erarbeitete Entwurf des Bundeswehr-Infrastrukturbeschleunigungsgesetzes soll eine schnellere Umsetzung von Bauvorhaben der Bundeswehr gewährleisten. Er befindet sich derzeit im laufenden Gesetzgebungsverfahren.

Text: Lara Finke



Infrastrukturbericht der Bundeswehr 2025

Im September 2026 legt das Verteidigungsministerium den Infrastrukturbericht der Bundeswehr 2025 vor.

[\[https://www.bmvg.de/resource/blob/6162176/f886dc5e-04279647a33ac0415f18cd1d/infrastrukturbericht-der-bundeswehr-2025-data.pdf\]](https://www.bmvg.de/resource/blob/6162176/f886dc5e-04279647a33ac0415f18cd1d/infrastrukturbericht-der-bundeswehr-2025-data.pdf)



KRITIS

Welche Infrastruktur schützt die Bundeswehr?

Werden kritische Infrastrukturen angegriffen, kann sich das auf die gesamte Bevölkerung auswirken. Ihr Schutz ist daher von entscheidender Bedeutung für die gesamtsstaatliche Sicherheitsvorsorge. Doch was ist diese KRITIS und wer schützt sie in Frieden, Krise und Krieg?

Wasser, Strom und Lebensmittel, medizinische Versorgung und öffentlicher Nahverkehr, On-line-Banking und mobile Kommunikation – viele Dienstleistungen und Güter, die selbstverständlicher Bestandteil des täglichen Lebens sind, basieren auf kritischen Infrastrukturen (KRITIS). Nach der Definition der Bundesregierung umfassen kritische Infrastrukturen dabei „Organisationen oder Einrichtungen mit wichtiger Bedeutung für das staatliche Gemeinwesen, bei deren Ausfall oder Beeinträchtigung nachhaltig wirkende Versorgungsengpässe, erhebliche Störungen der öffentlichen Sicherheit oder andere dramatische Folgen eintreten würden“. Das bedeutet: Eine Schädigung oder ein Ausfall wirken sich unter anderem massiv auf das Leben und die Versorgungssicherheit der Bevölkerung aus.

In Konflikten und Krisensituation können kritische Infrastrukturen besonders gefährdet und bevorzugte Ziele von gegnerischen Angriffen sein. Ein direktes militärisches Wirken nur gegen die Zivilbevölkerung ist völkerrechtlich nicht statthaft. Feindliche Kräfte können jedoch durch hybride Angriffe, Sabotage oder terroristische Anschläge gegen lebenswichtige kritische Infrastrukturen und damit die Lebensgrundlage der Bevölkerung gezielt und nachhaltig stören, bis hin zur Destabilisierung gesellschaftlicher und staatlicher Strukturen – ohne dass eine Nation einer anderen im traditionellen Sinne den Krieg erklärt.

Verteidigungsrelevant: Unverzichtbar für den Auftrag

Militärische Infrastruktur dient der militärischen Auftragserfüllung und ist daher von kritischer Infrastruktur abzugrenzen. Grundsätzlich zählen hierzu Anlagen und Einrichtungen des Verteidigungsministeriums, der Bundeswehr, der Streitkräfte verbündeter Nationen sowie der NATO – von Kasernen und Truppenübungsplätzen über Munitionsdepots, Tanklager und Radaranlagen bis hin zu militärischer IT und der NATO-Pipeline. Aber auch zivile Infrastrukturen – beispielsweise Hafenterminals oder Schienennetze, aber auch die Energieversorgung eines Flughafens – können zivile Infrastruktur von militärischem Interesse (ZIMI) und somit verteidigungsrelevant sein, wenn sie etwa als Verkehrsknoten- und Umschlagpunkte für die strategische Verlegung zu Rückversicherung der Bündnispartner und Abschreckung an die NATO-Ostflanke dienen.

Seehäfen übernehmen eine wesentliche Rolle bei der Verlegung militärischer Kräfte an die NATO-Nord- und Ostflanke. Sie können daher zu ziviler Infrastruktur von militärischem Interesse zählen. (Symbolbild)



Verteidigungsrelevante Infrastrukturen, ob militärisch oder zivil, bilden die infrastrukturelle Grundlage für das gesamte Aufgabenspektrum der Bundeswehr: Landes- und Bündnisverteidigung, den Betrieb der Drehscheibe Deutschland – also die Unterstützung eigener und befreundeter Streitkräfte im Transit – sowie die Bündnisverpflichtungen und Dauereinsatzaufgaben Deutschlands und der Bundeswehr in NATO und Europäischer Union. Auch hier gilt: Störungen können massive Folgen haben und sich beispielsweise auf die Verteidigungsfähigkeit und die Durchhaltefähigkeit Deutschlands und seiner Partner im Bündnisfall auswirken.

Ob zivil oder militärisch: Schutz ist Betreiberverantwortung

Entsprechend wichtig ist es, verteidigungsrelevante Infrastrukturen zu schützen. Das Dachgesetz zur Stärkung der physischen Resilienz kritischer Anlagen (KRITIS-Dachgesetz) regelt seit März 2026 die Resilienz und physische Sicherheit kritischer Infrastrukturen in Deutschland und definiert die Betreiberpflichten für KRITIS. Dazu zählen Schutz- und Krisenmanagementkonzepte, Meldepflichten und weitere Resilienzmaßnahmen.

Im zivilen Bereich sind dabei in erster Linie die Betreiber, also Unternehmen oder Behörden, für den zuverlässigen Betrieb ihrer Anlagen und Einrichtungen und damit die Versorgungssicherheit der Bevölkerung zuständig. Kann ein Unternehmen in bestimmten Bedrohungslagen die Versorgungssicherheit bei lebenswichtigen Infrastrukturen nicht mehr gewährleisten, unterstützen zivile Sicherheitsbehörden, nach Einzelfallprüfung eventuell auch die Bundeswehr, wenn dafür eine Rechtsgrundlage vorliegt. Hierbei greifen unternehmerische und staatliche Sicherheitsvorsorge ineinander.

Generell aber schützt die Bundeswehr nur ihre eigenen und weitere verteidigungsrelevanten Infrastrukturen, nicht dagegen zivile KRITIS, es sei denn bei Angriffen von außen nach Artikel 87a Absatz 1 des Grundgesetzes. Denn der Schutz ziviler KRITIS ist Bestandteil der gesamtstaatlichen Sicherheitsvorsorge und obliegt zivilen Sicherheitsbehörden. Ein Beispiel: Dient ein Tanklager der Versorgung eigener oder befreundeter Truppen mit Treibstoff, gehört es zur zivilen Infrastruktur von militärischem Interesse (ZIMI) und könnte mit Unterstützung der Bundeswehr geschützt werden. Würden in dem Tanklager dagegen Busse des öffentlichen Personennahverkehrs betankt, verbleibt der Schutz Aufgabe des Betreibers beziehungsweise der zuständigen Polizeibehörden.



Lebenswichtig oder von militärischem Interesse? Der Schutz kritischer Infrastruktur obliegt in erster Linie dem Betreiber, unterstützt von Polizei und zivilen Behörden.

Wer legt kritische Infrastruktur fest?

Die Identifizierung und der Schutz kritischer Infrastruktur ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und zählt zur Zivilverteidigung. Bund und Länder erfassen, analysieren und priorisieren KRITIS-Objekte je nach Bedeutung und Gefährdung. Dabei können ganze Branchen, aber auch einzelne Dienstleistungen, Prozesse, Anlagen und Einrichtungen sowie deren Betreiber als kritisch identifiziert werden. Dieser Prozess der Erfassung und Priorisierung ist derzeit noch nicht abgeschlossen. Im nächsten Schritt folgen dann die Ausplanung und Umsetzung von Absicherungs- und Schutzmaßnahmen.

Zur Priorisierung werden beispielsweise die Zahl der Betroffenen, die Tragweite und die Zeitdringlichkeit bei einer Störung betrachtet. Sind beispielsweise von einem Ausfall potenziell mehr als 500.000 Endnutzerinnen und -nutzer betroffen, gilt das als Indikator für die Einstufung als KRITIS. Der Zeitfaktor spielt ebenfalls eine Rolle: Wie schnell wirkt sich eine Störung aus? Wie lange dauert es, bis sich die Versorgung wieder normalisiert? Je nach Kontext können daher gleichartige Strukturen völlig unterschiedlich bewertet werden.

Ziel ist, über eine passgenaue Sicherheitsvorsorge und ein vorausschauendes Risikomanagement die Resilienz der jeweiligen Infrastruktur gegen Angriffe zu stärken beziehungsweise mögliche Auswirkungen zu minimieren. Das geschieht beispielsweise durch Redundanzen, also Doppelungen von Systemen oder Anlagen, um eine Grundversorgung auch dann zu gewährleisten, wenn ein Element ausfällt.

Ein Teil dieser kritischen zivilen Infrastruktur wird durch die Bundeswehr zusätzlich als zivile Infrastruktur von militärischem Interesse (ZIMI) bewertet. Ein Beispiel: Ein relativ kleines Kraftwerk versorgt einen für Verlegung und Versorgung der Streitkräfte wichtigen Flughafen mit Elektrizität. Damit ist es von Bedeutung für die Verteidigungsfähigkeit und kann damit zu ZIMI zählen. Ein vergleichbar großes Kraftwerk versorgt ein Gewerbegebiet, in dem nicht lebenswichtige Konsumgüter produziert werden. Für die Versorgung der Bevölkerung und die Verteidigungsfähigkeit hat es nur geringe bis keine Relevanz. Damit zählt es nicht zur ZIMI.

Text: Bundeswehr



Reservistendienstleistende im Heimatschutz werden speziell für Wach- und Sicherungsaufgaben ausgebildet, um militärische Liegenschaften und andere verteidigungsrelevante Infrastruktur zu schützen, hier eine Streife in einem Materiallager.

Übung der Luftlandebrigade 1

Fallschirmjäger verteidigen kritische Infrastruktur

Ein Fluss, Brücken, ein Industriegebiet, Häuser, ein Flugplatz und eine U-Bahn: In der Übungsstadt Schnöggersburg trainiert das Fallschirmjägerregiment 26 die Operationsart Verteidigung. Der Schutz des urbanen Raumes ist sein Auftrag. Mehr als 1.200 Soldatinnen und Soldaten, dazu österreichische Jagdkampfspezialisten, setzt die Luftlandebrigade 1 bei der Übung Komet 26 ein.

Das Gefechtsübungszenrum Heer in der Letzlinger Heide bietet mit der Übungsstadt Schnöggersburg ideale Voraussetzungen, wenn es um Landes- und Bündnisverteidigung geht. Sie gehört zu den modernsten Ausbildungseinrichtungen für Streitkräfte in ganz Europa.

Simulationssysteme verfolgen die Truppe in Echtzeit: Bewegungen, Feuerkampf, Sprech- und Datenfunk werden aufgezeichnet. In der Auswertung können die Übungsteilnehmenden ihr taktisches Verhalten rekapitulieren und einordnen – sowohl in der Gruppe als auch individuell. Schiedsrichter sind immer bei der Truppe und begleiten den Übungsbetrieb.



Die Fallschirmjäger verteidigen den urbanen Raum Schnöggersburg gegen einen mechanisierten Feind. Das Szenario ist realistisch und sehr anspruchsvoll. Wir setzen erstmalig einen schweren Drohnen-Kampfflugzeug ein und erproben neue Ansätze. Ich erwarte von meinen Soldatinnen und Soldaten Leistung, Haltung und Einsatz. Dazu den Willen, Dinge umzusetzen, zu lernen und Dinge besser zu machen. Wir geben Vollgas und entwickeln uns weiter.“



© Bundeswehr/Bill Drechsler

Brigadegeneral Markus Meyer, Kommandeur Luftlandebrigade 1 im saarländischen Saarlouis

Auch Pioniere und Aufklärer im Einsatz

„Schutz von KRITIS“ ist bei Komet 26 der Hauptauftrag für die Kompaniechefs. Gemeint ist damit der Schutz von kritischer Infrastruktur. Ein Ausbildungsthema, das wie gemacht ist für die Gefechtsart Verteidigung und militärisch weltweit topaktuell. In die Übung fließen Erkenntnisse aus aktuellen Konflikten und dem russischen Angriffskrieg in der Ukraine ein.



Panzerstark dringt der Feind mit Kampfpanzern in Schnöggersburg ein. Hinter jeder Ecke könnten Panzerabwehrtruppen in Stellung gehen.

13. Oktober 2024



NEWSLETTER
VERTEIDIGUNG

Schnögersburg, die größte künstliche Übungsstadt Europas, umfasst 520 Gebäude auf einer Fläche von rund 900 Fußballfeldern. Dadurch wirken die Szenarien sehr real. Soldatinnen und Soldaten aus mehr als vier Kompanien haben die Stadt in Sektoren aufgeteilt und richten sich auf die Verteidigung ein. Dabei arbeiten die Kompaniechefs der Fallschirmjäger eng mit den Soldaten der Luftlandepionierkompanie 260 wie auch der Luftlandeaufklärungskompanie 260 zusammen.

Pioniere verstärken das Gelände, bauen Barrikaden. Verlege-, Richt- oder Wurfminensperren sind geplant und angelegt. Hauptzufahrten und die Autobahn sind dicht, und Barrikaden machen Häuserengungen zu Sackgassen. Schon in der Phase der Vorbereitung kommen Drohnen der Aufklärer zum Einsatz. Die Aufklärung erkennt, wo der Gegner ist und wie stark er ist. Je besser die Verteidigung vorbereitet ist, desto schwerer hat es der Angreifer im Kampf.

Das Fallschirmjägerregiment 26 geht hier einen neuen Weg. In einem schweren Drohnenkampfzug sind zunächst Aufklärungsdrohnen für den Nahbereich wie auch Kampf- oder Abwehdrohnen zusammengefasst. Je nach den taktischen Erfordernissen greifen die Kompaniechefs auf diese Fähigkeit zurück.

Der Angriff erfolgt

Der Gegner geht bei seinem Angriff auf volles Risiko. Über große Freiflächen sehr schnell und panzerstark rückt er mit Artilleriefeuer auf die Stadt vor. An der Stadtgrenze verzahnen sich Angreifer und Verteidiger. Mühsam werden Gebäude freigekämpft oder auch wieder preisgegeben.

Für die Fallschirmjäger ist die Verteidigung äußerst komplex. Sie müssen auf die Angreifer reagieren. Ziel ist es, diese zu stoppen und bestenfalls zu zerschlagen. Dabei gibt es vieles zu beachten: Sicherung, Fühlung zum Feind, Feuer und Bewegung, Einsatz der Artillerie und das Koordinieren von Kräften, Raum und Zeit.

Für die Soldatinnen und Soldaten am Boden kommt in dieser Übung eine ganz neue Dimension dazu: Fast rund um die Uhr sind Drohnen über ihnen am Himmel. Auch und gerade im Gefecht, also in der heißen Phase, fliegen sie immer wieder Flugmanöver gegen die Angreifer. „Im Grunde setzen wir die Drohnen zu zwei unterschiedlichen Zwecken ein. In einer frühen Phase klären wir defensiv im direkten Umfeld auf – wo massiert der Gegner seine Kräfte tatsächlich. Im Gefecht hingegen geht es direkt gegen die feindlichen Fahrzeuge und Soldaten“, beschreibt ein Drohnenpilot.

Die Taktik geht auf und ist eine neue Erfahrung für die Fallschirmjäger. Je effektiver sie die Drohnen einsetzen, umso gefährlicher sind sie. Ein Lerneffekt, der am Ende des Tages für alle spürbar ist.



▲ Das realitätsnahe Training im Gefechtsübungszenrum führt zu einem intensiven Lerneffekt bei den Soldatinnen und Soldaten und steigert den Erfolg der Ausbildung.

Bei der Übung Komet 26 üben rund 1.200 Fallschirmjäger im Gefechtsübungszenrum Heer. Der Gegner ist echt: Kräfte Blau verteidigen und Kräfte Rot greifen an. ►



Verwundetenversorgung näher an der Front

Auch im Sanitätsdienst fließen Erkenntnisse aus dem Krieg in der Ukraine in die Übung ein. In der sanitätsdienstlichen Versorgung sind Ärzte, Rettungsassistenten und Rettungssanitäter als luftbeweglicher Arzt- oder Rettungstrupp in den Fallschirmjägergefechtsverband integriert. Sie stellen die Rettungskette sicher, die Grundlage für den durchhaltefähigen Einsatz der Fallschirmjäger ist.

Die Black Hornet 4 ist eine Minidrohne zur Aufklärung in der direkten Umgebung. Sie ist so groß wie eine Amsel und aus mehreren Metern Entfernung kaum noch zu sehen.



Die Luftlanderettungsstation ist die erste Station nach der Selbst- und Kameradenhilfe eines verwundeten Soldaten. In nur 30 Minuten ist sie einsatzbereit und sehr nah am Gefecht verortet. Eine Besonderheit in diesem Übungsdurchgang: Sie ist durch ein weiteres Element verstärkt. In dem „kleinsten Operationssaal“ der Bundeswehr sind schnelle, lebensrettende chirurgische Eingriffe möglich.

Damit reagiert das Heer auf die Verletzungsmuster aktueller Konflikte weltweit. Das Ziel ist: Blutungen zu lokalisieren, sehr früh zu stoppen und so Leben zu retten.

Die Übung der Fallschirmjäger in Schnöggersburg verbindet viele neue Elemente und zeigt, wie sich das Gefecht verändert hat. Für die Soldatinnen und Soldaten der Luftlandebrigade 1 zählt am Ende, wie tief die roten Kräfte in Schnöggersburg eindringen konnten. Die abschließende Übungsauswertung bilanziert hohe Verluste bei den Verteidigern wie auch bei den Angreifern. Diese Zahlen zeigen, dass die Ansätze in der neuen Gefechtsführung weiterentwickelt werden müssen.

Text: René Hinz

Anzeige

THERE'S NO BUSINESS
MORTAR
LIKE BUSINESS



STUBE 318
PUBLIC RELATIONS SERVICES

Presenting: Your business

www.stube318.de

Unbemanntes Kampfflugzeug startet zum Erstflug in Europa

Die Unternehmen Airbus und Kratos Defense & Security Solutions haben den ersten Flug der U740 „Walküre“ in Europa erfolgreich durchgeführt. Damit liegen beide Unternehmen im Plan, bis 2029 ein einsatzbereites, unbemanntes Collaborative Combat Aircraft (CCA) anzubieten, das die operativen Anforderungen der deutschen und weiterer europäischer Streitkräfte erfüllt.

Der Flug fand auf einer Testanlage in Nordeuropa statt und hat alle gesetzten Ziele erreicht, darunter ein startbahnunabhängiger, raketengestützter Start, Manöver in verschiedenen Höhen und Geschwindigkeiten von bis zu Mach 0,8 sowie Missionsanpassungen während des Fluges. Dieses Debüt ebnet den Weg für weitere, anspruchsvollere Testflüge mit dem integrierten Airbus-Missionssystem „Multi-platform Autonomous Reconfigurable and Secure“ (MARS). Als „europäisches Gehirn“ des Flugzeugs gewährleistet MARS die vollständige Kontrolle über Software, Missionsanwendungen, -daten sowie -systemhardware, was deutsche und auch europäische Souveränität beim operativen Einsatz der Walküre ermöglicht.

MARS nutzt KI-gestützte Software, um Missionen autonom durchzuführen und komplette Missionsverbände zu koordinieren. Über eine strenge Kontrollhierarchie bleibt ein menschlicher Bediener ständig „in-the-loop“, damit alle kritischen Entscheidungen den festgelegten Einsatzregeln sowie den ethischen und rechtlichen Standards entsprechen.

Über die U740 Walküre

Mit einer Länge von 9,1 m und einer Spannweite von 8,2 m verfügt die U740 Walküre über einen internen Waffenschacht sowie externe Laststationen unter den Tragflächen. Sie hat ein maximales Abfluggewicht von etwa drei Tonnen, eine Reichweite von über 5.000 Kilometern und eine Dienstgipfelhöhe von 45.000 Fuß. Die U740 Walküre ist darauf ausgelegt, autonom oder unter der Führung bemannter Kampfflugzeuge wie dem Eurofighter zu operieren, um riskante Einsätze durchzuführen und bemannte Systeme zu schützen.

INFO



„In einer zunehmend komplexen und umkämpften Bedrohungslage benötigen Luftstreitkräfte heute bezahlbare Kampfmasse“, sagte Michael Schöllhorn, CEO von Airbus Defence and Space. „Durch die Kombination der bewährten Flugzeugzelle von Kratos als „Program of Record“ mit dem europäischen Missionssystem von Airbus können wir bis zum Ende des Jahrzehnts ein robustes, souveränes, bezahlbares und einsatzbereites CCA-System anbieten. Die Walküre wird

eine entscheidende Rolle dabei spielen, bemannte Kampfflugzeuge wie den Eurofighter mit größerer Reichweite, Feuerkraft und Überlebensfähigkeit auszustatten. Das Flugzeugdesign ermöglicht operative Resilienz durch die Fähigkeit zum Start von einer Rampe, bietet optional aber auch die Möglichkeit, von Startbahnen abzuheben und zu landen.“

Alternativ zur Rampe kann die Walküre auch von einer Startbahn abheben.



Der erste Flug der Walküre markiert einen wichtigen Meilenstein im Projekt CCA der Unternehmen Airbus und Kratos.

„Erstflüge bieten typischerweise zahlreiche Lernmöglichkeiten, aber dank der Reife des Systems Walküre und des gut integrierten Teams von Airbus und Kratos war dieser Flug ein überragender Erfolg“, sagte Eric DeMarco, President und CEO von Kratos. „Wir sind stolz darauf, bei den CCA-Bestrebungen in Deutschland und anderen Teilen der Welt mit Airbus zusammenzuarbeiten. Durch die Bündelung der Stärken von Kratos und Airbus können sich das bezahlbare System Walküre und die Tradition von Kratos in der CCA- und Drohnenfertigung mit MARS, den weiteren leistungsfähigen Subsystemen, der Erfahrung und dem umfassenden Wissen von Airbus über das gesamte Luft- und Raumfahrtspektrum hinweg weiterentwickeln.“

Text: Airbus; DK

Hochsicherheits-Firewall erhält BSI-Zulassung

Die genua GmbH, ein Tochterunternehmen der Bundesdruckerei-Gruppe, hat die Leistung seiner High Resistance Firewalls genugate und genugate Virtual erhöht und gleichzeitig ihr Schutzniveau verbessert. Dadurch erreicht die genugate 11.3 jetzt einen TCP-Datendurchsatz von bis zu 40 Gbit/s.

Darüber hinaus hat das Hauptrelease 11.0 von genugate und genugate Virtual im September die Zulassung des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) für die Verarbeitung von Daten erhalten, die als „Verschlusssache – Nur für den Dienstgebrauch“ (VS-NfD) eingestuft sind. Akteure in der geheimschutzbetreuten Industrie und Organisationen der öffentlichen Hand können die Firewall damit für den Schutz ihrer sensiblen VS-NfD-Netze einsetzen.

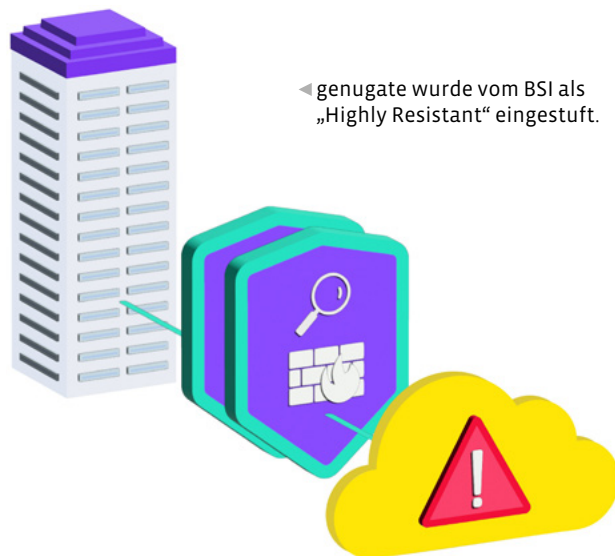
Hohes Sicherheitsniveau durch Application Layer Gateway

Herzstück von genugate und genugate Virtual ist das Application Layer Gateway (ALG): Es verhindert eine direkte Verbindung zwischen den angeschlossenen Netzwerken, analysiert und kontrolliert den gesamten Datenverkehr mit leistungsstarken Sicherheitsfunktionen.

Als erste und bislang einzige Firewall hat genugate die Zertifizierung für EAL4+ mit AVA_VAN.5 nach dem internationalen Common-Criteria-Standard ISO/IEC 15408 (CC) erhalten. Dabei attestiert AVA_VAN.5 eine besonders hohe Widerstandsfähigkeit gegenüber fortschrittlichen Angriffsmethoden. Zusätzlich wurde genugate als weltweit einzige Firewall vom BSI als „Highly Resistant“ eingestuft. genugate und genugate Virtual stellen somit einen größtmöglichen Schutz vor Cyberangriffen sicher.

Anwendung in der Cloud und in Virtualisierungsumgebungen

genugate Virtual ist eine virtuelle Maschine, die flexibel in Cloud- und Virtualisierungsumgebungen eingesetzt werden kann. Durch die Nutzung weiterer vor-konfigurierter Instanzen lässt sie sich schnell und automatisiert skalieren, was eine dynamische Anpassung an wachsende Netzwerkumgebungen und höhere Anforderungen erlaubt. Durch die Möglichkeit, mehrere Instanzen parallel zu betreiben, werden hohe Verfügbarkeit und Lastverteilung sichergestellt. Das wiederum ist besonders für kritische Anwendungen in der Cloud von Vorteil.



Text: genua GmbH; DK

▼ genua konnte die Performance von genugate und genugate Virtual um den Faktor 4 steigern.



© genua GmbH

IM PRESSUM

Newsletter Verteidigung veröffentlicht in deutscher Sprache aktuelle Aufsätze, Berichte und Analysen sowie im Nachrichtenteil Kurzbeiträge zu den Themen Rüstungstechnologie, Ausrüstungsbedarf und Ausrüstungsplanung, Rüstungsinvestitionen, Materialerhaltung, Forschung, Entwicklung und Erprobung sowie Aus- und Weiterbildung. Newsletter Verteidigung hat eine europäische, aber dennoch vorrangig nationale Dimension. Aus der Analysearbeit von Newsletter Verteidigung werden regelmäßig hoch priorisierte Themenfelder aufgegriffen, welche interdisziplinär einen Bogen spannen von der auftragsgerechten Ausstattung der Bundeswehr mit Wehrmaterial, der Realisierungsproblematik von militärischen Beschaffungsvorhaben, der Weiterentwicklung der Streitkräfte, den technologischen Trends und Entwicklungstendenzen bei Wehrmaterial, der Weiterentwicklung der heimischen wehrtechnischen Industriebasis und der Rüstungs- und Sicherheitspolitik bis hin zur Rüstungszusammenarbeit mit Partnerländern und gemeinsamen Beschaffung von Wehrmaterial.

Der Verlag hält die Nutzungsrechte für die Inhalte des Newsletter Verteidigung. Sämtliche Inhalte des Newsletter Verteidigung unterliegen dem Urheberrechtsschutz. Die Rechte an Marken und Warenzeichen liegen bei den genannten Herstellern. Bei direkten oder indirekten Verweisen auf fremde Internetseiten, die außerhalb des Verantwortungsbereiches des Verlages liegen, kann keine Haftung für die Richtigkeit oder Gesetzmäßigkeit der dort publizierten Inhalte gegeben werden.

Newsletter Verteidigung erscheint auf elektronischem Wege (PDF-Format) mit 50 Ausgaben im Jahr. Eine Weiterverbreitung von Inhalten des Newsletter Verteidigung darf nur im Wege einer Gruppenlizenz erfolgen. Das Abonnement verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn es nicht drei Monate vor Ablauf mit Einschreiben gekündigt wird.

Newsletter Verteidigung ist eine offizielle Publikation der VDS Verlag Deutsche Spezialmedien GmbH, 35037 Marburg. Die in diesem Medium veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte, insbesondere die der Übersetzung in fremde Sprachen, sind vorbehalten. Kein Teil dieses Mediums darf – abgesehen von den Ausnahmefällen der §§53, 54 UrhG, die unter den darin genannten Voraussetzungen zur Vergütung verpflichten – ohne schriftliche Genehmigung des Verlages in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder andere Verfahren) reproduziert oder eine von Maschinen, insbesondere von Datenverarbeitungsanlagen, verwendbare Sprache übertragen werden. Auch die Rechte der Wiedergabe durch Vortrag, Funk- und Fernsehendung, im Magnettonverfahren oder auf ähnlichem Wege bleiben dem Verlag vorbehalten. Jede im Bereich eines gewerblichen Unternehmens hergestellte oder benutzte Kopie dient gewerblichen Zwecken und verpflichtet gemäß §54 (2) UrhG zur Zahlung einer Vergütung.

Verlagsanschrift:
VDS Verlag Deutsche
Spezialmedien GmbH

Ketzerbach 25-28
35037 Marburg, Germany

Tel. +49 6421 1832-899
Fax +49 6421 18329-05

E-Mail:
verlag@deutsche-spezialmedien.de

Gerichtsstand:
AG Marburg an der Lahn

**Verantwortlicher im Sinne
des Presserechts:**
Daniel Kromberg (DK),
Chefredakteur

E-Mail:
redaktion@newsletter-verteidigung.de

